Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9296**

17. Wahlperiode 11. 04. 2012

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniela Wagner, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/9102 –

Energieeffizienz und Nachhaltigkeit in Gebäuden des Bundes

Vorbemerkung der Fragesteller

Energieeffizientes oder nachhaltiges Bauen und Sanieren sind die Zukunftsaufgaben, wenn bis 2020 der Gebäudesektor einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende leisten soll. Denn im Gebäudesektor steckt die eigentliche Kaltreserve der Energieversorgung Deutschlands. Rund 40 Prozent der Primärenergie, die in Deutschland produziert wird, verbraucht der Gebäudesektor. Im Gebäudebestand besteht also ein massives Potential den Energieverbrauch zu reduzieren. Hierbei können und sollen nach Aussage der Bundesregierung Gebäude des Bundes eine Vorbildfunktion einnehmen. Denn „best practice"-Beispiele animieren Unternehmen und Privatpersonen, die besten Beispiele nachzuahmen. Wenn die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht, kann dies dazu beitragen, das Verständnis von Immobilienbesitzern und Bauträgern für ambitionierte Effizienz- und Nachhaltigkeitsstandards zu erhöhen.

In den Eckpunkten Energieeffizienz der Bundesregierung und im Nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan weist die Bundesregierung öffentlichen Gebäuden eine Vorbildfunktion für die Reduzierung des Energieverbrauchs zu. Es bestehen auch rechtliche Vorgaben, wie die Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Diese Richtlinie sieht vor, dass die Mitgliedstaaten der EU bis zum 9. Juli 2013 nationale Vorgaben für Energieeffizienz erlassen müssen, die auf behördliche Gebäude anzuwenden sind.

Mit dem „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude" (BNB) steht erstmalig ein Leitfaden für Nachhaltiges Bauen für Büro- und Verwaltungsbauten zur Verfügung. Das BNB soll durch die umfassende Betrachtung des gesamten Lebenszyklus von Gebäuden zunächst nationale Verwaltungs- und Bürogebäude (Neubau) bewerten. Das BNB als ein transparentes, objektiv nachvollziehbares Bewertungssystem berücksichtigt weiterhin die ökologische, ökonomische, soziokulturelle Qualität sowie technische und prozessuale Aspekte von Gebäuden. Mit Einführung des überarbeiteten Leitfadens Nachhaltiges Bauen im ersten Quartal 2011 für den Neubau von zivilen Bundesbaumaßnahmen, trat die verbindliche Anwendung des Bewertungssystem für Bundesbaumaßnahmen entsprechend der im Leitfaden formulierten Anfor-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 5. April 2012 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

derungen und unter Berücksichtigung des Begleiterlasses des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit in Kraft.

Energieverbauch und -kosten von Liegenschaften des Bundes

1. Wie hoch ist der Energieverbrauch der Liegenschaften in unmittelbarer und mittelbarer Bundesverwaltung und für Gebäude institutioneller Zuwendungsempfänger, wenn deren Betriebskosten zum großen Teil vom Bund finanziert werden, in kWh bezogen auf Quadratmeter (Nettogesamtfläche) und Jahr (bitte nach Bundesland, Städte/Kreise, Liegenschaften aufschlüsseln)?

2. Wie hoch ist der Energieverbauch der Liegenschaften, die von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) verwaltet werden, in kWh bezogen auf Quadratmeter (Nettogesamtfläche) und Jahr (bitte nach Bundesland, Städte/Kreise, Liegenschaften aufschlüsseln)?

3. Wie hoch sind die Energiekosten der Liegenschaften in unmittelbarer und mittelbarer Bundesverwaltung und für Gebäude institutioneller Zuwendungsempfänger, wenn deren Betriebskosten zum großen Teil vom Bund finanziert werden, und wie haben sich die Kosten in den Bereichen Strom, Wärme, Kühlung in den vergangenen sieben Jahren entwickelt (bitte nach Bundesland, Städte/Kreise, Liegenschaften aufschlüsseln)?

4. Wie hoch sind die Energiekosten der Liegenschaften, die von der BImA verwaltet werden, und wie haben sich die Kosten in den Bereichen Strom, Wärme, Kühlung in den vergangenen sieben Jahren entwickelt (bitte nach Bundesland, Städte/Kreise, Liegenschaften aufschlüsseln)?

Die Fragen 1 bis 4 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In den Eckpunkten Energieeffizienz, die die Bundesregierung am 6. Juni 2011 beschlossen hat, wird im Zusammenhang mit der Vorbildwirkung öffentlicher Gebäude auf den Beschluss des Staatssekretärsausschusses für Nachhaltige Entwicklung vom 6. Dezember 2010 verwiesen. Die Bundesregierung setzt diesen Beschluss nach Maßgabe der entsprechenden Festlegungen um und erarbeitet unter Federführung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) einen energetischen Sanierungsfahrplan für Bundesgebäude mit dem Ziel, den Wärmebedarf der Bundesgebäude bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren und bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen.

Die Bestandsdaten aller Liegenschaften werden zurzeit zusammengeführt, hierzu gehören vor allem die energetischen Daten. Umfassende standortbezogene Aussagen zu Energieverbräuchen und Energiekosten aller Einzelliegenschaften sind erst nach Abschluss der Datenerfassung möglich.

5. Wie hoch sind die Energiekosten der Liegenschaften des BMVBS (Bonner Gebäude, Berlin Altbau, Berlin Neubau), und wie haben sich die Kosten in den Bereichen Strom, Wärme, Kühlung in den vergangenen sieben Jahren entwickelt?

Stromverbrauch Dienstgebäude **Invalidenstraße**

Jahr	Verbrauch in MWh	Kosten	Bemerkungen
2005	2.323,76	238.502,17	
2006	2.323,98	252.436,68	
2007	2.050,36	279.422,47	
2008	2.274,78	307.535,49	
2009	2.285,68	337.682,00	Wechsel auf 100% Öko-Strom
2010	2.339,42	376.665,92	Inbetriebnahme Bauteil C im Okt
2011	2.462,42	437.987,81	

Wärmeverbrauch Dienstgebäude **Invalidenstraße**
Bauteile A, B und C

Jahr	Verbrauch in MWh	Kosten	Bemerkungen
2005	2.107,00	139.305,40	
2006	1.880,53	141.181,22	
2007	1.757,52	141.910,12	
2008	1.826,67	130.517,28	
2009	1.835,83	157.062,42	
2010	2.438,44	178.007,10	
2011	1.843,54	153.594,43	

Wärmeverbrauch Dienstgebäude **Invalidenstraße**
Bauteil D

Jahr	Verbrauch in MWh	Kosten	Bemerkungen
2005			
2006	637,50	66.661,33	
2007	641,18	64.649,74	
2008	691,55	61.532,62	
2009	675,92	71.453,29	
2010	805,44	75.899,81	
2011	643,17	69.343,64	

Der Stromverbrauch für Kälte (mittels Kompressions- und Absorptionskältemaschinen produziert) ist im allgemeinen Stromverbrauch der Invalidenstraße enthalten.

Stromverbrauch Dienstgebäude **Krausenstraße**

Jahr	Verbrauch in MWh	Kosten	Bemerkungen
2005	689,11	77.955,80	
2006	648,07	75.648,23	
2007	775,70	102.073,64	
2008	822,11	117.303,64	
2009	770,43	130.791,79	Wechsel auf 100% Öko-Strom
2010	724,45	116.592,23	
2011	730,85	123.514,69	

Wärmeverbrauch Dienstgebäude **Krausenstraße**

Jahr	Verbrauch in MWh	Kosten	Bemerkungen
2005	2.252,90	156.575,67	
2006	2.134,10	158.010,42	
2007	2.090,80	166.818,81	
2008	2.125,30	167.138,75	
2009	2.013,68	187.356,92	
2010	2.201,64	197.572,38	
2011	1.765,05	176.132,28	

Bonn, Robert-Schumann-Platz

Energie/ Jahreskosten*	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**
Strom	**414.218,00 €**	**464.023,96 €**	**532.787,72 €**	**650.226,42 €**	**658.142,47 €**
Fernwärme	**252.769,22 €**	**308.256,14 €**	**323.212,47 €**	**328.677,08 €**	**361.403,48 €**
Energie/ Jahresverbrauch	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**
Strom	**4.210.100 kWh**	**4.007.478 kWh**	**4.325.767 kWh**	**4.076.964 kWh**	**3.737.339 kWh**
Fernwärme	**3.170.400 kWh**	**3.022.970 kWh**	**3.348.440 kWh**	**4.037.320 kWh**	**3.053.660 kWh**

Der Stromverbrauch für Kälte ist im allgemeinen Stromverbrauch der Liegenschaft Robert-Schumann-Platz enthalten.

6. Wie hoch ist der Energieverbauch der 48 000 Wohnungen, die von der BImA verwaltet werden, in kWh bezogen auf Quadratmeter (Nettogesamtfläche) und Jahr (bitte nach Bundesland, Städte/Kreise, Liegenschaften aufschlüsseln)?

Bei den Wohnliegenschaften werden die Kosten für Energieverbräuche regelmäßig direkt zwischen Mieter und Versorgungsunternehmen abgerechnet. Angaben über Energieverbräuche und -kosten können insoweit seitens der BImA nicht gemacht werden. Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass die BImA derzeit 43 000 Wohnungen verwaltet.

7. Welche Gebäude in unmittelbarer und mittelbarer Bundesverwaltung und welche Gebäude institutioneller Zuwendungsempfänger, wenn deren Betriebskosten zum großen Teil vom Bund finanziert werden, wurden seit 2006 mit Hilfe des Programms „Energieeinsparprogramm Bundesliegenschaften“ energetisch saniert, und auf welchen Standard (bitte nach Liegenschaft und Standard aufschlüsseln)?

Im Rahmen des Energieeinsparprogramms Bundesliegenschaften (EEP) wurden bislang Sanierungsmaßnahmen in weit über 1 000 Liegenschaften durchgeführt. Einzelheiten über die Art der sanierten Gebäude oder deren Standorte in größeren Liegenschaften (z. B. Kasernen) wurden nicht systematisch erhoben.

Im Rahmen des Programms wurden zahlreiche Einzelmaßnahmen, Maßnahmenpakete oder Zielwertsanierungen durchgeführt. Der Standard der jeweiligen Sanierungsmaßnahmen richtete sich nach den Vorgaben der Durchführungsbestimmungen zum Einsparprogramm, insbesondere nach denen der Tabelle B. Die jeweiligen, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erreichbaren Zielwerte wurden durch die Bauverwaltung im Einzelfall in Abhängigkeit von den baulichen und technischen Voraussetzungen des Bestandsgebäudes ermittelt und ausgeplant.

8. Welche Gebäude der Sozialwerke des Bundes e. V. wurden seit 2006 mit Hilfe des Programms „Energieeinsparprogramm Bundesliegenschaften“ energetisch saniert, und auf welchen Standard?

Insgesamt wurden bislang 13 Einzelmaßnahmen an Gebäuden, die von Sozialwerken genutzt werden, genehmigt.

Folgende Gebäude der Sozialwerke sind seit 2006 mit Hilfe des Programms „Energieeinsparprogramm Bundesliegenschaften“ saniert worden:

Nordheimstr. 151	27476 Cuxhaven
Nutzer:	Sozialwerk BFV
Maßnahme:	energetische Sanierung
Voßhörn 10	27476 Cuxhaven
Nutzer:	Sozialwerk BFV
Maßnahme:	energetische Sanierung
Süderstr. 68	26757 Borkum
Nutzer:	Sozialwerk BMVBS
Maßnahme:	energetische Maßnahme, Reparatur des Pappdaches
Richthofenstr. 4 a	26486 Wangerooge
Nutzer:	Sozialwerk BMVBS
Maßnahme:	energetische Maßnahme, Außenwanddämmung, Dachdämmung, Fenster erneuert, Kesselaustausch
Leuchtturmstr.	26736 Campen-Krummhöhe
Nutzer:	Sozialwerk BMVBS
Maßnahme:	Gebäude 1 – energetische Maßnahme, Außenwanddämmung, Dachdämmung, Fenster erneuert, Kesselaustausch
Leuchtturmstr.	26736 Campen-Krummhöhe
Nutzer:	Sozialwerk BMVBS
Maßnahme:	Gebäude 2 – energetische Maßnahme, Außenwanddämmung, Dachdämmung, Fenster erneuert, Kesselaustausch

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

9. Wie viele und welche Gebäudeausweise wurden für Gebäude in unmittelbarer und mittelbarer Bundesverwaltung und für Gebäude institutioneller Zuwendungsempfänger, wenn deren Betriebskosten zum großen Teil vom Bund finanziert werden, mit Hilfe des Programms „Energieeinsparprogramm Bundesliegenschaften“ erstellt (bitte nach Liegenschaft und Art des Ausweises aufschlüsseln)?

Für zivile Gebäude in unmittelbarer und mittelbarer Bundesverwaltung wurden 407 Energiebedarfsausweise und 140 Energieverbrauchsausweise ausgestellt.

Für Gebäude institutioneller Zuwendungsempfänger, deren Betriebskosten zum großen Teil vom Bund finanziert werden, wurden 28 Energiebedarfsausweise und 14 Energieverbrauchsausweise ausgestellt. Eine genaue Aufschlüsselung nach Liegenschaften ist in der Kürze der Zeit nicht möglich.

Im Bereich der Bundeswehr gibt es keine zusammenfassende Erhebung über die Zahl und Art der Gebäudeausweise.

10. Wie viel Energie und CO_2 konnte durch die Sanierungen, die mit Hilfe des Programms „Energieeinsparprogramm Bundesliegenschaften“ durchgeführt worden sind, eingespart werden (bitte nach Liegenschaft, eingesparter Energie und CO_2 aufschlüsseln)?

Grundsätzlich sind noch keine abschließenden Aussagen möglich, da die Ausführung der im Rahmen des EEP finanzierten Maßnahmen noch nicht beendet ist.

Bislang konnten durch die umgesetzten Maßnahmen für zivile Liegenschaften 60 Millionen kg CO_2/a und 203 Millionen kWh/a eingespart werden. Im militärischen Bereich wird nach Abschluss der geplanten Maßnahmen Ende 2011 eine geschätzte jährliche Energieverbrauchssenkung von rund 320 Millionen kWh erwartet, dies entspricht einer CO_2-Vermeidung von rund 96 Millionen kg CO_2/a.

11. Wie hoch war die Energiekosteneinsparung für den Bund, die mit den Sanierungen des Programms „Energieeinsparprogramm Bundesliegenschaften“ erzielt werden konnten?

Hierzu ist noch keine Aussage möglich, da das EEP noch nicht abgeschlossen ist. Die erwarteten Energiekosteneinsparungen der bislang im zivilen Bereich durchgeführten Maßnahmen belaufen sich auf 6,5 Mio. Euro pro Jahr (bezogen auf die Energiepreise im Jahr 2006). Im militärischen Bereich werden mit den prognostizierten Verbrauchsreduzierungen voraussichtlich jährlich etwa 10,7 Mio. Euro an Ausgaben für den Energiebezug vermieden.

12. Wie viele Contracting-Projekte wurden mittels des Programms „Energieeinsparprogramm Bundesliegenschaften“ initiiert, wie viel Energie, CO_2 und Energiekosten konnten so eingespart werden (bitte nach Liegenschaft, Art des Contractings, eingesparter Energie und CO_2 aufschlüsseln)?

Bislang wurden insgesamt 15 Contracting-Projekte in zivilen Liegenschaften des Bundes initiiert, davon 13 Energiesparcontracting-Projekte und zwei Energieliefercontracting-Projekte. Pro Jahr liegt die prognostizierte CO_2-Einsparung bei 8,7 Millionen kg, verbunden mit einer Energieeinsparung von 26,1 Millionen kWh und einer Energiekosteneinsparung von 1,18 Mio. Euro. In militärischen Liegenschaften wurden drei Energiesparcontracting-Projekte genehmigt. Mit ihnen sollen jährlich rund 20 Millionen kWh Energie, 6,7 Millionen kg CO_2 und 0,7 Mio. Euro eingespart werden.

13. Inwieweit und nach welchen Kriterien kann die energetische Sanierung von Liegenschaften des Bundes hinsichtlich der (energetischen) Vorbildfunktion der Liegenschaften des Bundes als abgeschlossen betrachtet werden?

Im Rahmen der Festlegung der Vorbildfunktion (siehe Nr. 3, Eckpunkte Energieeffizienz) der Liegenschaften des Bundes wurden folgende Ziele definiert:

– bis 2020 den Wärmebedarf der Bundesgebäude um 20 Prozent (Bezugsjahr 2010) zu mindern und

– bis 2050 den Primärenergiebedarf um ca. 80 Prozent zu reduzieren.

Die Erreichung dieser Ziele der Bundesregierung durch wirtschaftliche Maßnahmen steht im Fokus des energetischen Sanierungsfahrplans. Der Fahrplan selbst befindet sich derzeit in der Konzeptionsphase und wird bis Mitte 2013 fertig gestellt (siehe dazu Antwort zu den Fragen 1 bis 4).

Vor diesem Hintergrund kann der Prozess bzgl. der Umsetzung der Vorbildfunktion der Bundesliegenschaften bei der Reduzierung des Energieverbrauchs noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden.

14. Wie bewertet die Bundesregierung eine Neuauflage respektive Weiterführung des „Energieeinsparprogramms Bundesliegenschaften“ hinsichtlich der Vorbildfunktion der Liegenschaften des Bundes?

Hierzu wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/6763 vom 4. August 2011 verwiesen.

Nutzung von erneuerbaren Energien

15. Inwiefern liegen der Bundesregierung Informationen zur solartechnischen Fähigkeit der Liegenschaften der BImA vor?

Im Hinblick auf die von der Bundesregierung eingeleitete Energiewende hat die BImA ihre Anstrengungen verstärkt, bei der Verwertung geeigneter Liegenschaften eine Nutzung für Erneuerbare Energien (u. a. Photovoltaik) zu ermöglichen. Sie ist daher aktuell dabei, eine Grobanalyse des im Außenbereich gelegenen Teilportfolios auf Eignung für Zwecke der Erneuerbaren Energien durchzuführen.

Bei potentieller Eignung schließen sich Einzelfallprüfungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht an, bei der u. a. die regional- und bauplanerischen Zuständigkeiten der Länder und Kommunen zu beachten sind.

Bisher wurden rund 50 Liegenschaften veräußert bzw. wird die Veräußerung derzeit vorbereitet, auf denen Photovoltaik-Anlagen betrieben werden sollen.

Für die Liegenschaften der Bundeswehr sind Erhebungen zur Errichtung von Solaranlagen auf Dächern durchgeführt worden, deren Aktualität jedoch auf Grund der Standortentscheidungen im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr nochmals zu prüfen ist.

16. Inwiefern liegen der Bundesregierung Informationen zur solartechnischen Fähigkeit der Liegenschaften der Wasserstraßenverwaltung des Bundes vor?

Bezüglich der gemäß BImAG auf die BImA übergegangenen Dienstliegenschaften der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) wird auf die Antwort zu Frage 15 verwiesen.

Die übrigen WSV-Liegenschaften sind weit überwiegend dem öffentlichen Schiffsverkehr gewidmete Bundeswasserstraßen, über deren solartechnische Fähigkeit liegen keine gesicherten Informationen vor.

17. Wie bewertet die Bundesregierung, auch angesichts der bestehenden Informationslage der Bundesregierung zur solartechnischen Eignung ihrer Liegenschaften, den möglichen Informationsmehrwert eines Katasters betreffend der solartechnischen Fähigkeiten der Liegenschaften und Freiflächen (Solarkataster) des Bundes?

Die solartechnische Eignung von Liegenschaften oder Gebäuden ist im Rahmen von Baumaßnahmen (anlassbezogen) im jeweiligen Einzelfall zu prüfen. Die Erstellung und Pflege eines Solarkatasters zur zentralen Aufnahme von Betriebsdaten nebst deren Datenanalyse wird wegen des organisatorischen Umfangs für nicht praktikabel gehalten.

18. Welche bundeseigenen Liegenschaften und Freiflächen sind zur solartechnischen Nutzung verpachtet oder vermietet (bitte nach Liegenschaft/Freifläche, Bundesland, Kommune/Landkreis aufschlüsseln)?

Das SAP-System der BImA ermöglicht es derzeit nicht, alle Verträge, die eine solartechnische Nutzung begründen, aus dem System heraus zu ermitteln. Die Information kann derzeit nur von Hand ermittelt werden. Die BImA hat dazu bereits Anfang des Jahres eine manuelle Erhebung bestehender Verträge zur Errichtung von Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen auf Freiflächen/Außenbereichsflächen veranlasst, die noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Die entsprechende Aufstellung kann somit in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erstellt werden.

Mehr als 100 Liegenschaften werden darüber hinaus derzeit auf ihre Eignung für Photovoltaikanlagen überprüft.

Dach- und Freiflächen sind lediglich in vier Liegenschaften zur Errichtung von Photovoltaikanlagen verpachtet worden. Auf der Grundlage einer Prüfung durch den Bundesrechnungshof mit weitreichenden Empfehlungen zur vergaberechtskonformen Bearbeitung sind keine weiteren Verpachtungen an Dritte mehr vorgesehen.

19. In welcher Höhe und in welchem Anteil werden die Energiebedarfe zum Betrieb von Schleusen aus erneuerbaren Energien gedeckt?

20. Wie ist der Deckungsanteil des Energieverbauchs von Schleusen aus erneuerbaren Energien hinsichtlich der Reduktion von CO_2-Emissionen und der Energieverbrauchskosten zu bewerten?

Die Fragen 19 und 20 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Aufgrund der Vielzahl von Stromlieferverträgen können die Fragen zum Anteil der Energiebedarfe aus erneuerbaren Energien in der Kürze der Zeit nicht beantwortet werden.

21. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die solartechnisch sinnvoll verwendbaren (Dach-)Flächen der Liegenschaften des Bundes zur

Reduktion der CO_2-Emissionen der Bundesliegenschaften genutzt werden sollten?

Die Errichtung von Anlagen zur energetischen Nutzung solarer Strahlung wird von der Bundesregierung unterstützt, soweit damit im Einzelfall der örtliche Wärme- und Kälte- sowie Strombedarf (anteilig) gedeckt werden kann und ein sinnvolles Nutzen-Kosten-Verhältnis erreicht werden kann.

22. Wenn ja, welche (Dach-)Flächen, welcher Liegenschaften sind solartechnisch sehr gut, gut, mittel, nicht geeignet (bitte nach Bundesland, Städte/Kreise, Liegenschaften, Quadratmetern und Eigenschaften aufschlüsseln)?

Grundsätzlich sollten Dach- und Freiflächen in Liegenschaften bevorzugt betrachtet werden, die sich in Gebieten mit hoher Sonnenscheindauer befinden. Für die Feststellung der Eignung sind stets intensive Gespräche mit dem Nutzer der Liegenschaft und bautechnische Beurteilungen durch die Bundesbauverwaltung im Einzelfall erforderlich. Die Bundesregierung verfügt derzeit noch nicht über ein belastbares flächendeckendes Zahlenmaterial.

23. Wie ist eine Freigaberegelung für sämtliche Infrastrukturflächen im Eigentum des Bundes, unter Berücksichtigung ihrer solartechnischen Fähigkeit, für die Nutzung als Flächen für Photovoltaikprojekte und ihre Verpachtung zu bewerten?

Über eine umfassende Freigaberegelung für sämtliche Infrastrukturflächen hat sich die Bundesregierung noch keine abschließende Meinung gebildet.

Für Liegenschaften der Bundeswehr wird diese aus militär-spezifischen Gründen aber abgelehnt.

Gebäudeausweise, Leitfaden Nachhaltiges Bauen, Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude (BNB) und Zertifikate

24. Für welche Liegenschaften des Bundes liegen Energiebedarfs- oder Energieverbrauchsausweise vor (bitte nach Liegenschaft, Bundesland, Städte/Kreise und Art des Ausweises auflisten)?

Die Energieeinsparverordnung sieht die Erstellung von Energieverbrauchs- oder Energiebedarfsausweisen lediglich für Gebäude vor, nicht für Liegenschaften. Über die Zahl und Art der bisher erstellten Gebäudeenergieausweise gibt es noch keine zusammenfassende belastbare Erhebung.

25. Für welche Liegenschaften, die von der BImA verwaltet werden, liegen Energiebedarfs- oder Energieverbrauchsausweise vor (bitte nach Liegenschaft, Bundesland, Städte/Kreise und Art des Ausweises auflisten)?

Neben Dienst- und Wohnliegenschaften verwaltet die BImA auch eine Reihe von bebauten Liegenschaften, die der Typisierung „Gewerbe/Sonstige“ zugeordnet werden. Die bebauten Liegenschaften dieser Kategorie weisen eine Vielzahl von Gebäudearten auf. Zur besseren Übersicht wurden diese in vier Überkategorien zusammengefasst. Die Auswertung – einschließlich Aufteilung in Bedarfs- und Verbrauchsausweise – ist der nachstehenden Tabelle entnehmbar. Eine weitere Differenzierung dieser Angaben nach Städte/Kreisen und Liegenschaften wäre nur mit übermäßigem Aufwand und in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

Im Bereich „Gewerbe/Sonstige“ besteht nutzungsbedingt bei der Vielzahl der zur Verwertung vorgesehenen Gebäude keine Verpflichtung zur Erstellung eines Gebäudeenergieausweises bzw. lässt der Zustand ohne weitreichende – auch energetische – Sanierung keine bestimmungsgemäße Nutzung zu.

	Berlin				Brandenburg				Bremen		
Gebäudetyp	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunfts-gebäude	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude
Gebäudeanzahl	96	64	133	84	153	152	346	225	1	17	1
Anzahl Ausweise	13	2	4	3	33	6	29	34	0	0	0
Bedarfsausweis	11	2	2	3	31	6	27	29			
Verbrauchsausweis	2		2		2		1	4			
keine Angabe							1	1			
Anteil Häuser mit Ausweis	13,54%	3,13%	3,01%	3,57%	21,57%	3,95%	8,38%	15,11%	0,00%	0,00%	0,00%
Anteil Bedarfsausweise	84,62%	100,00%	50,00%	100,00%	93,94%	100,00%	93,10%	85,29%	0,00%	0,00%	0,00%
Anteil Verbrauchsausweise	15,38%	0,00%	50,00%	0,00%	6,06%	0,00%	3,45%	11,76%	0,00%	0,00%	0,00%

	Hamburg				Hessen				Mecklenburg-Vorpomm.			
Gebäudetyp	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude
Gebäudeanzahl	8	13	8	5	161	158	487	216	42	38	173	42
Anzahl Ausweise	0	0	0	0	1	0	0	6	2	0	0	2
Bedarfsausweis								3				1
Verbrauchsausweis					1			2	1			
keine Angabe								1	1			1
Anteil Häuser mit Ausweis	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,62%	0,00%	0,00%	2,78%	4,76%	0,00%	0,00%	4,76%
Anteil Bedarfsausweise	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	50,00%	0,00%	0,00%	0,00%	50,00%
Anteil Verbrauchsausweise	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	100,00%	0,00%	0,00%	33,33%	50,00%	0,00%	0,00%	0,00%

	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen				Rheinland-Pfalz			
Gebäudetyp	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude
Gebäudeanzahl	292	342	480	294	210	131	577	532	87	125	142	116
Anzahl Ausweise	4	2	5	32	2	0	6	142	0	0	0	4
Bedarfsausweis	1	1	2	2			1	55				
Verbrauchsausweis	2	1	2	24	1		2	2				4
keine Angabe	1		1	6	1		3	85				
Anteil Häuser mit Ausweis	1,37%	0,58%	1,04%	10,88%	0,95%	0,00%	1,04%	26,69%	0,00%	0,00%	0,00%	3,45%
Anteil Bedarfsausweise	25,00%	50,00%	40,00%	6,25%	0,00%	0,00%	16,67%	38,73%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Anteil Verbrauchsausweise	50,00%	50,00%	40,00%	75,00%	50,00%	0,00%	33,33%	1,41%	0,00%	0,00%	0,00%	100,00%

	Sachsen				Sachsen-Anhalt				Schleswig-Holstein			
Gebäudetyp	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude
Gebäudeanzahl	139	86	194	165	67	33	172	33	37	26	68	96
Anzahl Ausweise	48	3	5	19	14	1	2	2	0	0	0	0
Bedarfsausweis	3			2	3			1				
Verbrauchsausweis	15	1		9	11	1	2	1				
keine Angabe	30	2	5	8								
Anteil Häuser mit Ausweis	34,53%	3,49%	2,58%	11,52%	20,90%	3,03%	1,16%	6,06%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Anteil Bedarfsausweise	6,25%	0,00%	0,00%	10,53%	21,43%	0,00%	0,00%	50,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Anteil Verbrauchsausweise	31,25%	33,33%	0,00%	47,37%	78,57%	100,00%	100,00%	50,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%

	Thueringen				Bayern				Baden-Wuerttemberg			
Gebäudetyp	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges	Unterkunftsgebäude
Gebäudeanzahl	32	17	51	18	144	126	264	239	126	67	247	173
Anzahl Ausweise	2	0	0	3	8	0	2	4	27	2	6	9
Bedarfsausweis	1			1	4		2	1	10		1	8
Verbrauchsausweis				2	3			2	17	2	4	1
keine Angabe	1				1			1			1	
Anteil Häuser mit Ausweis	6,25%	0,00%	0,00%	16,67%	5,56%	0,00%	0,76%	1,67%	21,43%	2,99%	2,43%	5,20%
Anteil Bedarfsausweise	50,00%	0,00%	0,00%	33,33%	50,00%	0,00%	100,00%	25,00%	37,04%	0,00%	16,67%	88,89%
Anteil Verbrauchsausweise	0,00%	0,00%	0,00%	66,67%	37,50%	0,00%	0,00%	50,00%	62,96%	100,00%	66,67%	11,11%

	Saarland		
Gebäudetyp	Betrieb/Geschäft/Soziales	Halle/Lager	Sonstiges
Gebäudeanzahl	1	1	2
Anzahl Ausweise	0	0	0
Bedarfsausweis			
Verbrauchsausweis			
keine Angabe			
Anteil Häuser mit Ausweis	0,00%	0,00%	0,00%
Anteil Bedarfsausweise	0,00%	0,00%	0,00%
Anteil Verbrauchsausweise	0,00%	0,00%	0,00%

26. Für welche der 48 000 Wohnungen, die von der BImA verwaltet werden, liegen Energiebedarfs- oder Energieverbrauchsausweise vor (bitte nach Liegenschaft, Bundesland, Städte/Kreise und Art des Ausweises auflisten)?

Die rd. 43 000 Wohnungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verteilen sich auf 8 080 Gebäude bzw. Gebäudekomplexe. Für diese liegen 53 Prozent der Energieausweise als Bedarfsausweise und 47 Prozent als Verbrauchsausweise vor.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Verteilung je Bundesland dargestellt. Eine weitere Differenzierung dieser Angaben nach Städte/Kreisen und Liegenschaften wäre nur mit übermäßigem Aufwand und in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

	Brandenburg	Thueringen	Sachsen	Niedersachsen	Bremen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Hamburg	Mecklenburg-Vorpomm.
Anzahl Ausweise von Wohngebäuden und Wohngebäudekomplexen	135	45	73	1840	21	49	460	104	167
Bedarfsausweis	23		16	1580	15	18	439	94	28
Verbrauchsausweis	109	45	57	196	6	30	21	10	138
keine Angabe	3			64		1			1
Anzahl Ausweise	132	45	73	1776	21	48	460	104	166
Anteil Bedarfsausweise	17,42%	0,00%	21,92%	88,96%	71,43%	37,50%	95,43%	90,38%	16,87%
Anteil Verbrauchsausweise	82,58%	100,00%	78,08%	11,04%	28,57%	62,50%	4,57%	9,62%	83,13%

27. Inwieweit wurde in den letzten sieben Jahren der Energiebedarfsausweis für Gebäude bei Verkauf oder Erwerb von Gebäuden durch die BImA berücksichtigt, eingefordert oder vorgelegt?

28. Inwieweit wurde in den letzten sieben Jahren der Energieverbrauchsausweis für Gebäude bei Verkauf oder Erwerb von Gebäuden durch die BImA berücksichtigt, eingefordert oder vorgelegt?

Die Fragen 27 und 28 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Kaufinteressenten werden gemäß § 16 Absatz 2 der Energieeinsparverordnung (EnEV) Energieausweise mit dem Inhalt der Anlagen 6 oder 7 zur Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden zugänglich gemacht. Statistische Angaben i. S. der Anfrage liegen für Verkaufsfälle nicht vor. Soweit die Fragen auf den Erwerb von Gebäuden bezogen ist, wird auf die Antwort zu Frage 33 verwiesen.

29. In welchem Umfang und bei wie vielen bundeseigenen Liegenschaften wurde der neue Leitfaden Nachhaltiges Bauen und BNB bei Neubau oder Ankauf von Liegenschaften seit seiner Einführung angewendet?

Mit Einführungserlass des BMVBS vom 3. März 2011 wurde die überarbeitete Fassung des Leitfadens Nachhaltiges Bauen in Verbindung mit den Berechnungsregeln des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen zunächst auf Neubauaumaßnahmen im Bereich Büro- und Verwaltungsbauten mit einem Investitionsvolumen größer 10 Mio. Euro beschränkt. Dies betrifft zurzeit elf Bundesbauvorhaben.

Dies sind:

a) Umweltbundesamt, Dessau
b) Bundesamt für Strahlenschutz, Salzgitter
c) UN Campus, Bonn
d) Bundesamt für Justiz, Bonn
e) Umweltbundesamt „UBA 2019“, Berlin
f) Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin
g) Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin
h) Umweltbundesamt, Berlin-Bismarckplatz
i) Finanzamt, Garmisch
j) Hauptzollamt, Hamburg
k) Deutsche Botschaft Washington D. C.

Unabhängig davon sind die allgemeinen Grundsätze des energieeffizienten und nachhaltigen Bauens, die aus dem Leitfaden Nachhaltiges Bauen abgeleitet werden können, bei jeder Bundesbaumaßnahme unabhängig von der Art und dem Investitionsvolumen zu beachten. Die Anwendung des Leitfadens in Verbindung mit den Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen soll in diesem Jahr bereits deutlich ausgedehnt werden.

Der neue Leitfaden Nachhaltiges Bauen wird derzeit im Geschäftsbereich des BMVg bei ausgewählten Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Büro- und Verwaltungsgebäuden erprobt. Das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für Unterrichtsgebäude wird in der Bundeswehr an dem Neubau Lehrsaalgebäude in der Uckermark-Kaserne in Prenzlau erprobt. Die Ergebnisse werden eine genauere Justierung der Anforderungen im Bewertungssystem und die bessere Berücksichtigung der Besonderheiten der Bundeswehr ermöglichen.

Die Bundeswehr nutzt neben ihren Gebäuden auch sehr umfangreiche gebäudebezogene Außenanlagen. Um die Nachhaltigkeitskriterien auch beim Bau von Außenanlagen systematischer anzuwenden und zu bewerten, wurde vom BMVBS ein Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen auch für Außenanlagen auf Bundesliegenschaften im Rahmen der Forschungsinitiative Zukunft Bau entwickelt.

Zur Erprobung dieses Bewertungssystems wurde die Nachhaltigkeit bei der Durchführung der Bauvorhaben Pionierschule in Ingolstadt und Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover eingehend bewertet. Im Ergebnis wurde diesen Baumaßnahmen der Bundeswehr eine außerordentlich hohe Qualität hinsichtlich der ganzheitlichen lebenszyklusorientierten Betrachtung bescheinigt.

30. Welche Strategie hat die BImA für die Anwendung des BNB erarbeitet?

Durch die BImA wurde folgende Strategie entwickelt:

– aktive Teilnahme an den Sitzungen des Runden Tisches Nachhaltiges Bauen,
– Teilnahme an der Schulung Koordinatoren Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen,

– Planung eines Schulungsprogramms der BImA zum Leitfaden Nachhaltiges Bauen und Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen,
– Entwicklung von Handlungsrichtlinien und Instrumenten unter Berücksichtigung des BNB für Stellungnahmen der BImA zu Baumaßnahmen im Geschäftsbereich des BMVg (militärische und nichtmilitärische Baumaßnahmen).

31. Inwieweit, in welcher Form, und ab welchem Zeitpunkt wurde die BImA in die Entwicklung einer Strategie für die Anwendung des BNB für bundeseigene Bestandsbauten einbezogen?

Eine Methode zur Bewertung von Bestandsgebäuden wurde im Rahmen der Forschungsinitiative Zukunft Bau des BMVBS entwickelt und befindet sich in der praxisnahen Erprobung. Die Erprobung wird durch einen Arbeitskreis unter Teilnahme der BImA unterstützt.

Dies bedeutet: Aktive Mitwirkung bei Forschungsprojekten, Unterbreitung der Vorschläge für Pilotprojekte, Zuarbeit und Koordination während der Erprobungsphase und der Überarbeitung, Evaluierung der Ergebnisse, Rückkopplung in das BNB.

32. Inwieweit wird die Lebenszyklusbetrachtung bei Bau, Verkauf oder Erwerb von Liegenschaften durch den Bund bzw. die BImA berücksichtigt?

Im Rahmen der Portfoliobetrachtung spielt die Lebenszyklusbetrachtung der Immobilie eine wesentliche Rolle. Sie ist neben der Bedarfsanalyse Entscheidungsgrundlage für wesentliche Portfolioentscheidungen.

Die Lebenszyklusbetrachtung ist zudem eine der wesentlichen Entscheidungsgrundlagen bei Baumaßnahmen der BImA, in der sich sowohl die Erstellungs- als auch die Bewirtschaftungskosten im Sinne einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung widerspiegeln.

In Bezug auf die Anwendung des Leitfaden Nachhaltiges Bauen und des BNB für Neubauten werden die ökonomischen Qualitäten inkl. Lebenszykluskosten mit 22,5 Prozent in der Gesamtbewertung eingesetzt. Mit der Einführung des sich noch in der Erarbeitung befindenden Teile des Leitfadens Nachhaltiges Bauen für den Betrieb und Unterhaltung von Liegenschaften sowie für die Instandsetzung, Modernisierung und Umnutzung werden die Aspekte der ganzheitlichen Lebenszyklusbetrachtung weiterhin ergänzt.

33. Inwieweit werden bei Verkauf oder Erwerb von Liegenschaften durch den Bund bzw. die BImA Zertifikate für nachhaltige Gebäude wie LEED, BREEAM, SERF oder das Siegel der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen – DGNB e. V. berücksichtigt?

Die genannten Zertifikate hatten beim Verkauf von Liegenschaften bisher keine wesentliche Relevanz. Bebaute Liegenschaften wurden von der BImA in den letzten Jahren nicht erworben. Die genannten Zertifikate hatten auch beim Erwerb von (unbebauten) Liegenschaften keine Relevanz.

34. Was waren die Ergebnisse und daraus gezogenen Konsequenzen in Folge der Einführung des Umweltmanagementsystems nach EMAS (Gemeinschaftssystem der Europäischen Union für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung) für die Liegenschaften BImA (Trier), Bundespolizei

(Neustrelitz), Hauptzollamt (Stuttgart), Bildungs- und Wissenschaftszentrum (Köln)?

35. Ist es geplant für weitere Liegenschaften das Umweltmanagementsystem nach EMAS einzuführen, und welche sind diese?

Die Fragen 34 und 35 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Durchführung der eigenen Pilotprojekte der BImA hat offengelegt, dass die Anwendung von Umweltmanagementsystemen ein zusätzliches und – übertragen auf das gesamte Liegenschaftsportfolio – deutliches Potenzial zur Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs der Dienstliegenschaften beinhaltet. Die BImA sieht sich als zentrale Immobiliendienstleisterin des Bundes in der Verantwortung, geeignete Umweltmanagementstrukturen für die von ihr verwalteten und bewirtschafteten Dienstliegenschaften des Bundes anzuwenden. Aufgrund der Heterogenität der von ihr verwalteten Standorte sieht die BImA jedoch eine pauschale Anwendung von EMAS für den gesamten Liegenschaftsbestand nicht als zweckmäßig an.

Die BImA hat daher – um der Gesamtheit der Rahmenbedingungen im Einheitlichen Liegenschaftsmanagement Rechnung zu tragen – nach der erfolgreichen Durchführung der vier eigenen EMAS-Projekte eine eigene differenzierte Umweltmanagementstruktur konzipiert, welche den spezifischen Bedingungen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagement (ELM) Rechnung trägt und künftig im Rahmen der jeweils getroffenen Vereinbarungen für die von der Bundesanstalt im ELM verwalteten und bewirtschafteten Dienstliegenschaften Anwendung finden soll.

Das Umweltmanagementsystem der BImA sieht einen dreistufigen Aufbau vor, der sich an den Grundelementen von EMAS/ISO 14 001 orientiert. Die Basisstruktur der ersten Stufe – Liegenschaftsbezogener Umweltmanagementansatz (LUMA) – sieht einen umweltgesetzeskonformen Liegenschaftsbetrieb und die Erfassung der liegenschaftsseitigen EMAS-Kernindikatoren zur Ermittlung und Vorbereitung von punktuellen Ressourceneinsparungen vor.

In ausgewählten Teilen des Liegenschaftsbestandes der BImA soll die zweite Stufe Geltung erlangen, das liegenschaftsbezogene Umweltmanagement- und Auditsystem (LUMAS). Hierbei handelt es sich um eine methodisch vollständige Umweltmanagementstruktur, die eine systematische Umsetzung von liegenschaftsbezogenen Ressourceneinsparpotenzialen beinhaltet. Eine externe Zertifizierung erfolgt nicht.

Die dritte und höchste Ausbaustufe, das Erweiterte Liegenschaftsbezogene Umweltmanagement- und Auditsystem (LU-MASPlus), umfasst mit der Betrachtung liegenschafts- und nutzerseitiger Aspekte eine inhaltlich und methodisch vollständige Umweltmanagement-Systemstruktur. Sie wird im Regelfall nur auf Nutzerinitiative und mit Nutzerbeteiligung angewendet. Der Nutzer entscheidet dabei auch über einen Abschluss des Systems nach EMAS oder ISO 14 001, d. h. die Durchführung der über die reine systematische Verbesserung der Umweltleistung hinaus gehenden Bestandteile von EMAS, wie die Umwelterklärung, die externe Prüfung und der Registereintrag.

Damit stellt EMAS im Umweltmanagementkonzept der BImA die umfassendste und diejenige Variante dar, welche der dienstliche Nutzer auch initiiert als diejenige Organisation, die sich mit ihren Mitarbeitern am System beteiligt und die Validierung erhält. Eine konkrete Aussage zur Beteiligung bestimmter Liegenschaften kann von der BImA zum jetzigen Zeitpunkt nicht gemacht werden.

Die Anwendung des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen soll durch Herabsetzen des Investitionsvolumens, oberhalb dessen das System anzuwenden ist, deutlich verbreitert werden. Gleichzeitig sind Varianten des Bewertungssystems in Vorbereitung, um auch den Gebäudebestand, Unterrichtsgebäude, Labore und Außenanlagen in die Nachhaltigkeitsbetrachtung einbeziehen zu können.

36. Welche Liegenschaften wurden von welchen externen Instituten zertifiziert?

37. Welche Zertifikate und Audits kamen dabei zur Anwendung, was waren die Ergebnisse und Konsequenzen?

Die Fragen 36 und 37 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Bereich der BImA wurden die Liegenschaften Bundespolizei (Neustrelitz), Hauptzollamt (Stuttgart), BImA (Trier) und Bildungs- und Wissenschaftszentrum (Köln) durch zugelassene Umweltgutachter zertifiziert.

Zur Anwendung kamen in allen Liegenschaften vollständige Prüfungen auf Einhaltung aller Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 in der Fassung vom 25. November 2009 (EMAS III). Nach erfolgter Validierung wurden alle Organisationen für ihren Standort durch die jeweils zuständige IHK ins deutsche EMAS-Register eingetragen.

Im Geschäftsbereich der Bundesregierung sind zudem bislang das Bundesumweltministerium (Dienstsitz Bonn), das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz, das Bundesinstitut für Berufsbildung, die Bundesschule Hoya der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und der Ortsverband Celle des THW nach EMAS registriert. Das laufende Pilotvorhaben im Rahmen des Maßnahmenprogramms Nachhaltige Bundesregierung wird weitere Bundeseinrichtungen zur EMAS-Registrierung führen.

Bewertungen im Sinne des Leitfadens Nachhaltiges Bauen werden ausschließlich von den Bundesbauverwaltungen vorgenommen. Die Nachhaltigkeitsbewertung des Hauptzollamtes Hamburg hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung auf Konformität überprüft. Bei Nachhaltigkeitsbewertungen von Bundesgebäuden sind die Methoden und Regeln des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) anzuwenden. Das Hauptzollamt Hamburg erfüllt die Anforderungen für den Qualitätsstandard „Silber“.

38. Für welche bundeseigenen Liegenschaften wurden in den letzten zwei Jahren Sanierungskonzepte oder Sanierungsfahrpläne erarbeitet, und was beinhalteten diese (bitte nach Liegenschaften, Beispielen und Ansätzen aufschlüsseln)?

In den letzten zwei Jahren wurden für 123 Liegenschaften Sanierungskonzepte oder Sanierungsfahrpläne erarbeitet. Eine Auflistung ist der beigefügten Anlage zu Frage 38 zu entnehmen.

39. Inwieweit werden bei Bau oder Sanierung von bundeseigenen Liegenschaften energetische Quartierslösungen berücksichtigt (bitte nach Liegenschaften, Beispielen und Ansätzen aufschlüsseln)?

In den letzten zwei Jahren wurden 34 energetische Quartierslösungen berücksichtigt. Dies betrifft insbesondere Liegenschaften des BMVg. Eine Auflistung ist der beigefügten Anlage zu Frage 39 zu entnehmen.

40. Inwieweit wird bei Bau oder Sanierung von Liegenschaften der Handlungsleitfaden zur energetischen Stadterneuerung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) berücksichtigt?

Der Handlungsleitfaden richtet sich hauptsächlich an Entscheider in den Kommunen, dort insbesondere an die Stadtplanungsämter. Der Handlungsleitfaden fließt zwar in die Arbeit der Bundesbauverwaltung ein, die Zuständigkeit für die energetische Stadterneuerung liegt aber bei den Kommunen.

Soweit energetische Sanierungsmaßnahmen der BImA von den für den Bund in den Ländern tätigen Bauverwaltungen durchgeführt werden, sind diese verpflichtet, die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit (§ 7 BHO) und die fachlichen Anforderungen des Bundes umzusetzen. Der Handlungsleitfaden zur energetischen Stadterneuerung des BBSR wird bei der Umsetzung der Maßnahmen entsprechend sinnvoll und wirtschaftlich von den für den Bund tätigen Bauverwaltungen berücksichtigt.

41. Inwieweit werden Umweltdeklarationen für Bauprodukte beim Bau oder der Sanierung von bundeseigenen Liegenschaften berücksichtigt, und wenn sie Berücksichtigung finden, welche?

Zur Beurteilung der ökologischen Qualität eines Gebäudes oder Sanierung wird im Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen eine Lebenszyklusanalyse (Life Cycle Analysis – LCC) auf Gebäudeebene gefordert, die auf Grundlage geprüfter Ökobilanzdaten der verwendeten Baustoffe zu erstellen ist. In Deutschland werden diese Daten derzeit durch das Institut für Bauen und Umwelt in Form von Umweltproduktdeklarationen (EPD – Environmental Product Declaration) veröffentlicht.

Veröffentlichungen von Dritten mit vergleichbarer Sachkunde und inhaltlicher Qualität werden ebenfalls anerkannt. Darüber hinaus stehen branchenspezifische Durchschnittsdaten für Bauprodukte im BMVBS-Internetportal Nachhaltiges Bauen als Datenbank (Ökobau.dat) zur Verfügung.

42. Inwiefern werden und wurden in dieser Wahlperiode Modellvorhaben für warmmietenneutrale energetische Sanierungen im Mietwohnungsbestand und vermieteten Gewerbe von den bundeseigenen Unternehmen BImA und TLG IMMOBILIEN GmbH durchgeführt, und wenn dies nicht der Fall ist, warum nicht (bitte nach Gebäudetyp, Bundesland, Gemeinde aufschlüsseln)?

Im Bereich der Wohnungsverwaltung werden energetische Modernisierungsmaßnahmen in den Bereichen durchgeführt, in denen dies wirtschaftlich möglich ist und der so modernisierte Bestand längerfristig verbleibt (Cash Cows). Die Warmmietenneutralität war bisher kein Kriterium, gleichwohl müssen die Wohnungsmieten bezahlbar bleiben, da ansonsten der Leerstand zunehmen würde. In dem Zeitraum seit 2009 wurden im Bereich Wohnungsverwaltung 12,1 Mio. Euro für energetische Sanierungsmaßnahmen aufgewendet. Die Ver-

teilung auf Bundesländer und Städte ist der der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

Im Bereich der Liegenschaftskategorie „Gewerbe/Sonstige“ werden hingegen grundsätzlich keine energetischen Sanierungsmaßnahmen durchgeführt, da diese Liegenschaften zum raschen Abverkauf vorgesehen sind.

Bundesland	Stadt	Ergebnis
Baden-Württemberg	Böblingen	76 328 Euro
	Esslingen am Neckar	33 192 Euro
	Freiburg	65 618 Euro
	Freiburg im Breisgau	446 192 Euro
	Karlsruhe	756 985 Euro
	Konstanz	47 774 Euro
	Ludwigsburg	52 138 Euro
	Müllheim	32 821 Euro
	Müllheim, Stadt	57 124 Euro
	Offenburg	12 223 Euro
	Rastatt	34 536 Euro
	Sindelfingen	39 348 Euro
	Stuttgart	108 820 Euro
	Tübingen	26 677 Euro
	Weil am Rhein, Stadt	11 134 Euro
Baden-Württemberg Ergebnis		1 800 911 Euro
Bayern	Brannenburg	45 000 Euro
	Dachau, Stadt	35 000 Euro
	Fürstenfeldbruck, Stadt	25 000 Euro
	Giebelstadt, Markt	250 000 Euro
	Hammelburg	63 000 Euro
	Hammelburg, Stadt	50 000 Euro
	Kempten	182 000 Euro
	Kempten (Allgäu), Stadt	49 000 Euro
	Landsberg/Lech	0 Euro
	Lindau	156 975 Euro
	Lindau (Bodensee), Stadt	29 000 Euro
	Memmingen, Stadt	150 000 Euro
	Mittenwald	90 000 Euro
	München	1 935 064 Euro
	München, Landeshauptstadt	351 400 Euro
	Nürnberg	25 000 Euro
	Oberammergau	203 225 Euro
	Oberaudorf	15 000 Euro
	Pöcking	23 835 Euro
	Pullach	25 000 Euro
	Sonthofen	41 000 Euro
	Stanggaß	20 000 Euro
	Strub	0 Euro

Bundesland	Stadt	Ergebnis
	Weiler-Simmerberg	7 000 Euro
	Weilheim i. OB, Stadt	100 000 Euro
	Wildflecken, Markt	53 000 Euro
	Würzburg, Stadt	21 000 Euro
Bayern Ergebnis		3 945 499 Euro
Berlin	Berlin	70 000 Euro
Berlin Ergebnis		70 000 Euro
Brandenburg	Strausberg	150 000 Euro
Brandenburg Ergebnis		150 000 Euro
Bremen	Bremen	200 000 Euro
Bremen Ergebnis		200 000 Euro
Hessen	Frankfurt am Main	700 000 Euro
	Frankfurt am Main, Stadt	1 017 541 Euro
	Langen (Hessen), Stadt	150 000 Euro
	Neu-Isenburg, Stadt	435 000 Euro
Hessen Ergebnis		2 302 541 Euro
Mecklenburg-Vorpomm.	Bansin	5 000 Euro
	Rostock	278 200 Euro
Mecklenburg-Vorpomm. Ergebnis		283 200 Euro
Niedersachsen	Braunschweig	50 301 Euro
	Duderstadt	0 Euro
	Faßberg	3 Euro
	Hannover, Landeshaupt-stadt	0 Euro
	Lüneburg	110 000 Euro
	Lüneburg, Stadt	60 000 Euro
	Verden	150 000 Euro
	Meppen	1 Euro
	Oldenburg	70 000 Euro
	Ostenholz	200 000 Euro
	Wilhelmshaven, Stadt	1 Euro
	Wolfenbüttel	42 500 Euro
	Wunstorf	1 Euro
Niedersachsen Ergebnis		682 807 Euro
Nordrhein-Westfalen	Bonn	100 500 Euro
Nordrhein-Westfalen Ergebnis		100 500 Euro
Rheinland-Pfalz	Baumholder	185 000 Euro
	Birkenfeld	20 000 Euro
	Langsur	38 000 Euro
	Mainz	1 200 000 Euro
Rheinland-Pfalz Ergebnis		1 443 000 Euro
Saarland	Merzig	20 000 Euro
	Perl	30 000 Euro

Bundesland	Stadt	Ergebnis
	Perl-Eft-Hellendorf	16 000 Euro
	Saarbrücken	59 549 Euro
	Saarlouis	75 000 Euro
Saarland Ergebnis		200 549 Euro
Thüringen	Gera	130 000 Euro
	Meiningen	100 000 Euro
Thüringen Ergebnis		230 000 Euro
Sachsen	Dresden	600 000 Euro
	Löbau	145 227 Euro
Sachsen Ergebnis		745 227 Euro
Gesamtergebnis		12 154 233 Euro

Anlage zu Frage 38

Frage 38						
Für welche bundeseigenen Liegenschaften wurden in den letzten 2 Jahren Sanierungskonzepte oder Sanierungsfahrpläne erarbeitet und was beinhalten diese. (Bitte aufschlüsseln nach Liegenschaften, Beispielen und Ansätzen)						
Lfd Nr.	**Bundesland**	**Liegenschaft**	**BIMA - ja/nein**	**Nutzer**	**Beispiel**	**Ansatz**
1	Bayern	Allgäukaserne Füssen	nein	BMVg	Einbau Pelletkessel (Erfüllung EEWärmeG)	390.000 €
2	Bayern	Gäubodenkaserne Feldkirchen	nein	BMVg	Liegenschaftsbezogenes Energiekonzept	6.900.000 €
3	Bayern	General-Fellgiebel-Kaserne Pöcking	nein	BMVg	Neuordnung Wärmeversorgung	in Bearbeitung
4	Bayern	General-Konrad-Kaserne Bad Reichenhall	nein	BMVg	Einbau BHKW (Erfüllung EEWärmeG)	380.000 €
5	Bayern	GOB Kaserne Sonthofen	nein	BMVg	Neuordnung Wärmeversorgung	1.980.000 €
6	Bayern	Graf-Aswin-Kaserne Bogen	nein	BMVg	Einbau Pelletkessel (Erfüllung EEWärmeG)	380.000 €
7	Bayern	Jägerkaserne Bischofswiesen	nein	BMVg	Liegenschaftbezogenes Energiekonzept Stromversorgung	1.150.000 €
8	Bayern	Kaserne Am Goldenen Steig Freyung	nein	BMVg	Einbau BHKW (Erfüllung EEWärmeG)	380.000 €
9	Bayern	Lechfeldkaserne	nein	BMVg	Einbau Pelletkessel (Erfüllung EEWärmeG)	350.000 €
10	Bayern	Leopold-Kaserne Amberg	nein	BMVg	Liegenschaftsbezogenes Energiekonzept	in Bearbeitung
11	Bayern	TSLW Kaufbeuren	nein	BMVg	Sanierung Wärmeversorgung	9.500.000 €
12	Bayern	UniBw Neubiberg	nein	BMVg	Energieliefercontracting Biomasse/Geothermie	8.200.000 €
13	Bayern	Otto-Hahn-Str.,Regensburg, Wohnanlage	ja	BImA	Sanierung Zentrale Wärmeversorgung	628.000 €
14	Bayern	Otto-Hahn-Str.,Regensburg	ja	BImA	Umbau u. Modernisierung in Bauabschnitten	4.485.000 €
15	Bayern	Otto-Hahn-Str.,Regensburg	ja	BImA	Umbau u. Modernisierung in Bauabschnitten	2.529.000 €
16	Bayern	Behördengebäude, Nürnberg	ja	BImA,BFD,LFSt, LBD	Fassadensanierung, Modern. Heizzentrale	2.100.000 €
17	Bayern	BPOLAFZ Oerlenbach	ja	BPOL	Energiebericht	in Bearbeitung
18	Bayern	Bundespolizei Deggendorf	ja	BPOL	Liegenschaftsbezogenes Energiekonzept	in Bearbeitung
19	Bayern	Markgrafen-Kaserne, Bayreuth	ja	BPOL	Liegenschaftsbezogenes Energiekonzept	15.500.000 €
20	Bayern	Deutsches Patent- und Markenamt München	ja	DPMA	BHKW, Absortionskälte, Solarthermie, Adsorptionskälte, Geothermie, Wärmepumpe,	5.550.000 €
21	Bayern	Deutsches Patent- und Markenamt München	ja	DPMA	Erneuerung Beleuchtung	540.000 €
22	Bayern	Landshut Wohnanlage	ja	Dritte	Fassadendämmung	4.400.000 €
23	Bayern	München Wohnanlage Denningerstrasse	ja	Dritte	Fassadendämmung	600.000 €
24	Bayern	München Wohnanlage Perlacher Forst 20 Geb.	ja	Dritte	Fassadendämmung	5.400.000 €
25	Bayern	Goethe Institut München	ja	Goethe Institut	Photovoltaik, BHKW, Absorptionskälte	900.000 €
26	Hamburg	Bundesanstalt für Wasserbau	ja	BAW	Energieeinsparcontracting	Garantierte Energieeinsparung des AN über 10 Jahre Laufzeit 2007-2017
27	Hamburg	Johann Heinrich von Thünen Institut	ja	vTi	Energieeinsparcontracting	Garantierte Energieeinsparung des AN über 10 Jahre Laufzeit 2007-2017
28	Hamburg	Agentur für Arbeit (AfA)	nein	AfA	Energieeinsparcontracting	Garantierte Energieeinsparung des AN über 10 Jahre Laufzeit 2007-2017
29	Hessen	BKA Wiesbaden, Thearstraße Liegenschaft W1	nein	Bundeskriminal amt	Rückbau Kriminaltechnik Geb. "E", "F", "D", "G" und "H"	EneV -30% durch BHKW für Strom und Kühlung. Energetische Ertüchtigung Gebäudehülle. Keine Heizung - Heizung alt zentral
30	Nds	Feldwebel-Lilienthalkaserne Delmenhorst	ja	BMVg	Aufstellung eines Liegenschafts bezogenen Energiekonzeptes (LEK) nach Muster MPL Wärme	Wärmeversorgung
31	Nds	BW Visselhövede	ja	BMVg	Aufstellung eines Liegenschafts bezogenen Energiekonzeptes (LEK) nach Muster MPL Wärme	Wärmeversorgung+Strom
32	Nds	LUETZOW-KASERNE, Schwanewede	ja	BMVg	Aufstellung eines Liegenschafts bezogenen Energiekonzeptes (LEK) nach Muster MPL Wärme	Wärmeversorgung+Strom
33	Nds	Lent - Kaserne, Rotenburg	ja	BMVg	Aufstellung eines Liegenschafts bezogenen Energiekonzeptes (LEK) nach Muster MPL Wärme	Wärmeversorgung+Strom
34	Nds	MATWIZEINSBW Hesedorf	ja	BMVg	Aufstellung eines Liegenschafts bezogenen Energiekonzeptes (LEK) nach Muster MPL Wärme	Wärmeversorgung+Strom
35	Nds	Kasernen Bereich Munster	ja	BMVg	Aufstellung eines Liegenschafts bezogenen Energiekonzeptes (LEK) nach Muster MPL Wärme	Wärmeversorgung

36	Nds	Henning-von-Tresckow-Kaserne, Oldenburg	ja	BMVg	Aufstellung eines Liegenschafts bezogenem Energiekonzept (LEK) nach Muster MPL Wärme	Wärmeversorgung
37	Nds	Luftfahrtbundesamt, Braunschweig	nein	LBA / BMVBS	Gebäudesimulation zur energetischen Sanierung	Kostenansatz betriebstechnischer und hochbaulicher Maßnahmen = 1 Mio €
38	Nds	Physikalische Technische Bundesanstalt, Braunschweig	nein	PTB / BMWi	LEK (z. Zt. In Bearbeitung)	Kostenansatz betriebstechnischer und hochbaulicher Maßnahmen = 15 Mio €
39	Nds	Johann Heinrich von Thünen Institut, Braunschweig	nein	vTI / BMELV	LEK	z. Zt. Bestandserfassung
40	Nds	Julius Kühn Institut, Braunschweig	nein	JKI / BMELV	LEK	z. Zt. Bestandserfassung
41	Nds	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover	nein	BGR / BMWi	Gutachten zur Instandsetzung von Fassaden- und Fensterelemente aller Gebäude	Kostenansatz hochbaulicher Maßnahmen = ca. 15. Mio €
42	Nds	Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven	nein	WSV / BMVBS	LEK	Kostenansatz betriebstechnischer und hochbaulicher Maßnahmen = 2 Mio €
43	NRW	Hachenberg-Kaserne, Erndtebrück	nein	BMVg	LEK aus 2011	3.087.000 €
44	NRW	General-Weber-Kaserne, Höxter	nein	BMVg	LEK aus 2010	1.540.670 €
45	NRW	GFM-Rommel-Kaserne, Augustdorf	nein	BMVg	Fortschreibung LEK aus 2007	2.950.000 €
46	NRW	Theodor-Blank-Kaserne, Rheine	nein	BMVg	Fortschreibung LEK aus 2006	3.460.000 €
47	NRW	Herzog-von-Braunschweig-Kaserne, Minden	nein	BMVg	Fortschreibung LEK aus 2008	10.306.000 €
48	NRW	Munitionsdepot Wulfen	nein	BMVg	Fortschreibung LEK aus 2006	2.485.000 €
49	NRW	Glückauf-Kaserne, Unna	nein	BMVg	LEK aus 2010	37.504.000 €
50	NRW	Lützow-Kaserne, Münster	nein	BMVg	Fortschreibung LEK aus 2008	32.400.000 €
51	NRW	Blücher-Kaserne, Münster	nein	BMVg	LEK aus 2009	3.522.000 €
52	NRW	D/NL-Corps, Münster	nein	BMVg	LEK aus 2011	5.636.000 €
53	NRW	Bundessprachenamt, Münster	nein	BMVg	LEK aus 2009	2.218.000 €
54	NRW	BwDLZ, Münster	nein	BMVg	LEK aus 2009	1.197.000 €
55	NRW	Sportschule Bw, Warendorf	nein	BMVg	LEK aus 2009	1.650.000 €
56	NRW	Bildungs- und Wissenschaftszentrum, Münster			LEK aus 2009	6.786.000 €
57	NRW	Nörvenich, Haus Hardt	nein	BMVg	Liegenschaftsbezogenes Energiekonzept (LEK)	Durchführung noch nicht vorgesehen, Nachnutzung unklar;
58	NRW	Nörvenich, Airbase	nein	BMVg	LEK	13.000.000 €
59	NRW	Mechernich, UTA (Untertageanlage)	nein	BMVg	LEK	9.300.000 €
60	NRW	Mechernich, Bleiberg Kaserne	nein	BMVg	LEK	2.850.000 €
61	NRW	Mechernich, Materiallager	nein	BMVg	LEK	
62	NRW	Euskirchen, Mercator Kaserne	nein	BMVg	LEK	6.600.000 €
63	NRW	Euskirchen, Gersdorf Kaserne	nein	BMVg	LEK	11.230.000 €
64	NRW	Jülich, ehemaliges Mechatronikzentrum, Systeminstandsetzung	nein	BMVg	LEK	1.480.000 Mio. € Neubearbeitung erforderlich;
65	NRW	Eschweiler, Donnerberg Kaserne	nein	BMVg	Gebäudeautomations-konzept (GAK)	Vorgehen befindet sich in Abstimmung;
66	NRW	Kalkar, Von-Seydlitz-Kaserne	nein	BMVg	Fassadendämmung	7.100.000 €
67	NRW	Wesel, Schill Kaserne	nein	BMVg	LEK	15.931.000 €
68	NRW	Hilden, Waldkaserne	nein	BMVg	LEK	8.292.000 €
69	NRW	Straelen, Materiallager (Gerätedepot)	nein	BMVg	LEK	15.992.000 €
70	NRW	Mönchengladbach, ZMK (Zentrale Militärkraftfahrtstelle)	nein	BMVg	LEK	2.024.000 €
71	NRW	Teveren, NATO Flugplatz	nein	NATO	LEK	7.330.000 €
72	NRW	Geilenkirchen, Selfkant Kaserne	nein	BMVg	LEK	6.996.000 €
73	NRW	Wesel, THW - OV Wesel	ja	BMI/THW	LEK	750.000 €
74	NRW	Haan, THW - OV Haan	ja	BMI/THW	KP II, energetische Ertüchtigung Dach, Fassade, Heizung;	191.000 €
75	NRW	Siegburg, THW - OV Siegburg	ja	BMI/THW	KP II, energetische Ertüchtigung Dach, Fassade/Fenster;	213.000 €
76	NRW	Moers, Zollfahndungsamt (ZFA)	ja	BMF/BFinV	LEK	138.000 €
77	NRW	Bonn, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	ja	BMF/BFinV	GAK + LEK, dena-Kurz-Check	5 Tsd. € für Gutachten;
78	NRW	Bonn, Alter Bundestag (UNCC)	ja	UN + UNCC	LEK	49 Tsd. € für Gutachten;
79	NRW	Hangelar, Bundespolizei (BPol)	ja	BMI/ Bpol/GSG9	LEK + ESC (mit dena)	1,8 Mio. € beinhalten Hochbaumaßnahmen als Baukostenzuschuß, nicht GBK
80	NRW	Hangelar, Bundespolizei (Bpol), Halle A 32	ja	BMI/BPol	120 Mio. Programm	500.000 €
81	NRW	Hangelar, Bundespolizei (BPol), Halle A 25/26	ja	BMI/BPol	120 Mio. Programm	634.000 €
82	NRW	Swisttal, Bundespolizei (BPol) Unterkunftsgebäude "22"	ja	BMI/BPol	120 Mio. Programm	528.000 €
83	NRW	Emmereich, Nebenstelle Hauptzollamt Duisburg (HZA)	ja	BMF/BFinV	LEK energetische Grundinstandsetzung + BHKW	1.100.000 €
84	NRW	Bergisch Gladbach, Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt)	nein	BMVBS/BASt	Grundinstandsetzung + energetischer Ertüchtigung, KP II, der Versuchshallen/ Laborgebäude	5.000.000 €

85	NRW	Bonn, Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM)	nein	BMG/BfArM	KP II Aufstockung, Konzentration der Arbeitsplätze/ Prozessoptimierung	5.000.000 €
86	NRW	Köln, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	nein	BMG/BZgA	KP II Fassadensanierung + Sanitärinstallationen	15.360.000 €
87	NRW	Swisttal, Schule für Verfassungsschutz (SfV)	nein	BMI/BfV	KP II + 120 Mio. Programm, Dachsanierung, Photovoltaik	537.000 €
88	NRW	St. Augustin, Bundespolizei	ja	Bundespolizei	Ernergiesparcntracting	5.000.000 €
89	RLP	Dienstwohnungen an Mosel und Lahn (Häuser an Schleusen)	ja	WSV	Ermittlung Instandhal-tungsstau und Konzept zur energtischen San.	Kostenschätzung
90	Saarland	Kaserne "Auf der Ell", Merzig	nein	BMVg	Gebäudeautomation	kein Gesamtkonzept (z.B.EnergiesparContracting, nur LAK)
91	Saarland	"Graf-Werder-Kaserne" Saarlouis	nein	BMVg	Gebäudeautomation	kein Gesamtkonzept (z.B.EnergiesparContracting, nur LAK)
92	Saarland	"Graf-Haeseler-Kaserne" Lebach	nein	BMVg	Gebäudeautomation	kein Gesamtkonzept (z.B.EnergiesparContracting, nur LAK)
93	Saarland	"Munitionsdepot" Eft-Hellendorf	nein	BMVg	Gebäudeautomation	kein Gesamtkonzept (z.B.EnergiesparContracting, nur LAK)
94	Sachsen	Umweltbundesamt, Standort Bad Elster, Heinrich-Heine-Str. 12	ja, seit 01/12	UBA	energetische Modernisierung	energetische Ertüchtigung thermische Hülle; Solarstromanlagen (auf Grundlage LEK)
95	Sachsen	Dresden, Caruasufer 3-5	ja	Zoll	Grundinstandsetzung	energetische Ertüchtigung thermische Hülle; Brandschutzertüchtigung Instandsetzungsmaßn.
96	Sachsen	Bad Düben, Schmiedeberger Straße 60	ja	Bundespolizei	energetische Modernisierung, perspektivische Sicherstellung Wärmeversorgung	Neubau Heizhaus (Biomasse, KWK), Sanierung Nahwärmenetz; energetische Maßnahmen an mehreren Bestandsgebäuden (auf Grundlage LEK)
97	SH	Marinekaserne Eckernförde	nein	BMVg	Fernwärme, EEWärmeG	Erfüllung EEWärmeG Neustrukturierung Energieeinsparung Sanierung
98	SH	Rettberg-Kaserne Eutin	nein	BMVg	Fernwärme, EEWärmeG	
99	SH	Wagrien-Kaserne Putlos	nein	BMVg	Fernwärme, EEWärmeG	
100	SH	Kai-Uwe-v.Hassel-Kaserne, Kropp	nein	BMVg	Fernwärme, EEWärmeG	
101	SH	Materiallager Ladelund	nein	BMVg	Fernwärme, EEWärmeG	
102	SH	Schleuseninsel Kiel-Holtenau	ja	WSV	Fernwärme, EEWärmeG	
103	SH	BPol-Akademie Robert-Lehr, Lübeck	ja	Bundespolizei	Liegenschaftskonzept	energ. Gebäudesanierung EEWärmeG
104	SH	Bpol - Falkenfeld, Lübeck	ja	Bundespolizei	Liegenschaftskonzept	energ. Gebäudesanierung EEWärmeG
105	SH	Erfassung der energetischen Gebäudedaten im Rahmen der RÜV-Begehungen zur späteren Integration in Sanierungsfahrplan				
106	Sachsen-Anhalt	Harz-Kaserne Blankenburg	ja	BMVg	ökol. Wärme- u. Stromerzeugung	Holzpelletskessel u. Erdgas-BHKW
107	Sachsen-Anhalt	Harz-Kaserne Blankenburg	ja	BMVg	GNUE U-Gebäude	Ersatzmaßnahme nach EEWärmeG u. EEWärme-Konto Lieg Bw
108	Sachsen-Anhalt	TrÜbPl Altmark Letzlingen/Planken	ja	BMVg	GNUE 3 U-Gebäude	Ersatzmaßnahme nach EEWärmeG u. EEWärme-Konto Lieg Bw
109	Sachsen-Anhalt	TrÜbPl Klietz	ja	BMVg	GNUE U-Geb. m. energetischem Anteil	Solarthermie, Wärme-rückgewinnung RLT sowie Ersatzmaßnahme nach EEWärmeG u. EEWärme-Konto Lieg Bw
110	Thüringen	Löberfeld-Kaserne Erfurt	ja	BMVg	Trassenabsperrung im Sommerbetrieb durch Wärmepunpe zur Warmwasserbereitung	15.000 €
111	Thüringen	Henne-Kaserne Erfurt	ja	BMVg		
112	Thüringen	Werratal-Kaserne Bad Salzungen	ja	BMVg	Hocheffizienzpungen, Groß-Solarthermie zur Beheizung der Schwimmhalle	950.000 €
113	Thüringen	Friedenstein-Kaserne Gotha (nur zentrale WV)	ja	BMVg	Zentrale Pelletkeselanlage (Grundlast) zur Realisierung des EEWärmeG	553.000 €
114	Thüringen	Görmar-Kaserne Mühlhausen	ja	BMVg	Lüftung, Brennwertkesse.	56.000 €
115	Thüringen	Pionier-Kaserne Gera	ja	BMVg	Erneuerung der zentralen Wärmeversorgung mit Pelletkesselanlage als Grundlast zur Realisierung des EEWärmeG	1.163.000 €

116	Thüringen	Kaserne am Rennsteig-Kaserne Oberhof	ja	BMVg	Lüftung Sanitärzellen mit WRG, Demontage Einrohr-Deckenheizunge, Wärmedämmung, WW-Installation, Strangregulierventile,	610.000 €
117	Thüringen	Gebäude der OFD Erfurt, Ludwig Erhard-Ring	ja	OFD		
118	Thüringen	BStU Erfurt, Am Petersberg	ja	BStU	Ergebnis: Neuordnung der Wärmeversorgung	
119	Thüringen	Zollamt Suhl, Suhl-Goldlauter	ja	Zoll	Ergebnis: Errichtung einer Pelletkesselanlage, Rückbau der zentralen Warmwasserbereitung nach Messung des Verbrauchs. Controlling läuft, Auswertung ist in Diskussion	
120	Thüringen	THW Suhl	ja	THW	Auswertung ist in Diskussion	
121	Thüringen	BStU Suhl	ja	BStU	Auswertung ist in Diskussion	
122	BBR	Tabbertstraße 8, 12459 Berlin	ja	FES	Energetische Sanierung, WDVBS, PV für Dach und Fassade	1.300.000 €
123	BBR	Mohrenstr. 37, 10117 Berlin	nein	BMJ	Energetische Sanierung, außenl.Sonnenschutz, Leuchtmittel, Präsenzsteuerung…	3.100.000 €

Anlage zu Frage 39

Frage 39

Inwieweit werden bei Bau oder Sanierung von bundeseigenen Liegenschaften energetische Quartierslösungen berücksichtigt? Bitte aufschlüsseln nach Liegenschaften, Beispielen und Ansätzen)

Lfd Nr.	Bundesland	Liegenschaft	BIMA - ja/nein	Nutzer	Beispiel	Ansatz
1	Nds	Evenburgkaserne	ja	BMVg	Einbau Holzpelletkessel	300.000 €
2	Nds	WIS Munster	ja	BMVg	Sanierung der Wärmeversorgung mit Anteil Erneuerbare Energien + Teilerneuerung Nahwärmenetz	2.210.000 €
3	Nds	PZTRS Munstr	ja	BMVg	Sanierung Wärmevesorgung	9.486.000 €
4	Nds	Jägerkaserne Bückeburg	ja	BMVg	Sanierung Fernwärmenetz	1.122.000 €
5	Nds	Lucius-D.-Clay Kaserne Osterholz Schwarmbeck	ja	BMVg	Sanierung Wärmeversorgung mit BHKW und Nahwärmenetz	679.900 €
6	Nds	MatwizeinsBW Hesedorf Bremervörde	ja	BMVg	Sanierung Wärmeversorgung mit BHKW und Nahwärmenetz	4.943 €
7	Nds	Kasernenanlage Seedorf	ja	BMVg	Sanierung Wärmeversorgung mit Contracting Erneuerbare Energien und Nahwärmenetz	1.173.300 €
8	Nds	MSTO Heppenser Groden, Wilhelmshaven	ja	BMVg	Sanierung der Heizzentrale und Nahwärmenetz	5.317.000 €
9	Nds	Scharnhorstkaserne Hannover	ja	BMVg	Umstellung auf Fernwärmeversorgung und Sanierung Nahwärmenetz	4.118.000 €
10	Nds	Immelmannkaserne Celle	ja	BMVg	Sanierung der Wärmeversorgung	4.673.000 €
11	Nds	Medem Kaserne Holzminden	ja	BMVg	Sanierung der Wärmeversorgung	2.142.000 €
12	Nds	Clausewitzkaserne	ja	BMVg	Sanierung Nahwärmenetz	1.620.000 €
13	Nds	Flugplatz Wunstorf	ja	BMVg	Sanierung der Wärmeversorgung	6.119.000 €
14	Nds	WTD 91 Meppen	ja	BMVg	Sanierung Nahwärmenetz mit Einbau EE-Wärmeerzeuger	20.750.000 €
15	Nds	Physikalische Technische Bundesanstalt, Braunschweig	nein	PTB / BMWi	Quartierlösung bedingt durch Nahfernwärmekonzept	
16	Nds	Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven	nein	WSV / BMVBS	Quartierlösung bedingt durch Nahfernwärmekonzept	
17	Nds	Zollverwaltung, Emden	nein	Zoll / BImA	Energieliefercontracting geplant	
18	NRW	Luftwaffenkaserne Köln-Wahn	nein	BMVg	Erdgas BHKW - Wärmekonto	in Betrieb
19	NRW	Theodor Blank Kaserne, Rheine	nein	BMVg	Holzhackschnitzel (Fremdbetrieb) - Wärmekonto	in Betrieb
20	NRW	Hachenberg-Kaserne, Erndtebrück	nein	BMVg	Holzhackschnitzel - Wärmekonto	in Betrieb
21	NRW	GFM-RommelKaserne, Augustdorf	nein	BMVg	Erdgas BHKW - Wärmekonto	in Betrieb
22	NRW	GFM-RommelKaserne, Augustdorf	nein	BMVg	Erdgas BHKW - Wärmekonto	in Betrieb
23	NRW	General-Weber Kaserne Höxter	nein	BMVg	Erdgas BHKW - Wärmekonto	in Planung
24	NRW	NATO Basis Nörvenich	nein	BMVg	Pelletkessel - Wärmekonto	in Planung
25	NRW	MunDepot, Wulfen	nein	BMVg	Biogas BHKW (Fremdbetrieb) - Wärmekonto	in Betrieb
26	NRW	von Seydlitz Kaserne, Kalkar	nein	BMVg	Pelletkessel - Wärmekonto	in Betrieb
27	NRW	Tomburg Kaserne, Rheinbach	nein	BMVg	Pelletkessel - Wärmekonto	in Ausführung
28	NRW	Westfalen Kaserne, Ahlen	nein	BMVg	Pelletkessel - Wärmekonto	in Ausführung
29	NRW	MunDepot, Wulfen	nein	BMVg	Erdgas BHKW - Wärmekonto	in Betrieb
30	NRW	NATO Flugplatz, Geilenkirchen	nein	BMVg	Pelletkessel - Wärmekonto	in Ausführung
31	NRW	Paulsberg, Uedem	nein	BMVg	Erdgas BHKW - Wärmekonto	in Planung
32	NRW	Gallwitz-Kaserne, Aachen	nein	BMVg	vorrangige Nutzung vorhandener Infrastruktur	in Planung
33	Sachsen	Umweltbundesamt, Standort Bad Elster, Heinrich-Heine-Str. 12	ja, seit 01/12	UBA		Beibehaltung Anschluss an Fernwärmenetz unter Optimierung der Lieferverträge
34	SH	Marinekaserne Eckernförde	nein	BMVg	EEWärmeG	Energiekonto

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333